

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telez: 868 846 ppbn d
Teletax: 21 0664

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den unrealistischen Vorstellungen von Minister Eppelmann: Die NVA muß aufgelöst werden

Seite 1

Albrecht Müller MdB zu den "Report"-Anschuldigungen, weitere bundesdeutsche Firmen engagierten sich in der Giftgasproduktion: Geschäfte mit dem Tod

Seite 2

Dokumentation

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt am 26. Juni in München die Laudatio zur Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 1990 an Heinrich Albertz. Wir dokumentieren sie im Wortlaut: Auszeichnung für einen Mahner und Vermittler

Seite 3

45. Jahrgang / 120

27. Juni 1990

Die NVA muß aufgelöst werden

Zu den unrealistischen Vorstellungen von Minister Eppelmann

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Das inzwischen vielzitierte und akzeptierte deutschlandpolitische Motto von Willy Brandt paßt auf die beiden deutschen Armeen nicht: Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. NVA und Bundeswehr wachsen deshalb nicht zusammen, weil sie nicht zusammengehören.

Zu unterschiedlich, ja gegensätzlich sind Entstehung, innere Struktur und Selbstverständnis dieser beiden deutschen Armeen. Den Bürgern in Uniform stand beziehungsweise steht eine NVA gegenüber, die Instrument einer Partei, der SED, war und für die Kadavergehorsam kennzeichnend war.

Mit der SED muß also auch die NVA verschwinden.

II.

Erstaunlicherweise sieht der amtierende DDR-Verteidigungsminister und erklärte Pazifist Eppelmann dies völlig anders: Er hat auf der jüngsten Kommandeurstagung der NVA der SED-Armee eine Bestandsgarantie gegeben. Ja, er ging sogar soweit, von einer zweiten deutschen Armee zu sprechen, die es auch nach der Vereinigung Deutschlands auf dem DDR-Territorium geben soll. Eine solche Aussage findet sicher den Beifall jener Militärs, die Eppelmann umgeben. Ansonsten stößt eine solche Festlegung auf wenig Verständnis, weil sie nicht realistisch ist. Sie ist auch nicht wünschbar.

Ist die Alternative zu Eppelmann eine entmilitarisierte DDR, wie die PDS fordert? Das heißt, sollen auf dem Territorium der heutigen DDR keine Soldaten sein? Dies wäre die falsche Alternative. Vielmehr scheint sich immer mehr folgender sicherheitspolitischer Status Deutschlands herauszubilden: Es wird eine gesamtdeutsche Armee nach der Vereinigung geben, allerdings mit unterschiedlichen Zuordnungen.

Was heißt dies?

III.

Der westliche Teil Deutschlands bleibt wie bisher in der NATO, die in der heutigen DDR stationierten deutschen Soldaten sind dagegen nicht der NATO unterstellt. Das heißt, die bisherige deutsch-deutsche Grenzlinie begrenzt auch künftig den Stationierungsraum der NATO

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt und gedruckt
mit recyceltem und saurem
Recycling-Papier



nach Osten. Die deutschen Verbände auf dem Gebiet der heutigen DDR könnten nach Auflösung der NVA aus ihrem Personal unter bestimmten Auflagen gebildet werden: So sollten ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes und SED-Funktionäre, die persönlich belastet sind, nicht eingestellt werden.

Eine gesamtdeutsche Personalkommission hätte sicherzustellen, daß nach diesen und weiteren Aufnahmekriterien verfahren wird. Das Ergebnis muß eine demokratische und Integrationsfähige Armee sein.

Die deutschen Streitkräfte, die auf dem Gebiet der heutigen DDR stationiert werden, sind unter einem eigenen Kommando zusammenzufassen ("Territorialkommando Ost"). Sie werden in die Bundeswehr eingegliedert und unterstehen dem deutschen Verteidigungsminister.

Die Wehrgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland gilt in Gesamtdeutschland. Das heißt, es gibt in ganz Deutschland Wehrpflicht. Die deutschen Streitkräfte, die auf dem Territorium der ehemaligen DDR stationiert sind, sollen nach Umfang, Gliederung und Bewaffnung sichtbarer Beitrag Deutschlands beim Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsordnung sein.

VI.

Die NVA verstand sich bis vor wenigen Monaten als eine sozialistische Armee des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates, als Klassen- und Machtinstrument der SED.

Mit dem Abtreten der SED und der Auflösung der DDR wird es auch keine NVA mehr geben.

V.

Innerhalb der Bundesregierung, das heißt zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt gibt es noch keine einheitliche Linie. Die Frage deutscher Streitkräfte auf dem Territorium der heutigen DDR gehört zum sicherheitspolitischen Status Deutschlands. Es ist dringend erforderlich, daß die Bundesregierung mit einer Stimme an diese heikle Frage herangeht.

(-/27.6.1990/rs/ks)

Geschäfte mit dem Tod

Zu den "Report"-Anschuldigungen, weitere bundesdeutsche Firmen engagierten sich in der Giftgasproduktion

Von Albrecht Müller MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungsexportkontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Das ARD-Fernsehmagazin "Report" gibt an, eindeutige Beweise dafür zu haben, daß erneut bundesdeutsche Firmen beim Bau einer zweiten Giftgasfabrik in Libyen aktiv sind: die Stuttgarter Firma "Rose GmbH" sowie die Ulmer Firma "Abacus". Vermutlich läßt sich die verbrecherische Geschäftemacherei bundesdeutscher Firmen mit dem Tod also nicht nur auf den "bösen Einzeltäter" Hippenstiel-Imhausen reduzieren, dem zur Zeit in Mannheim wegen der Planung und des Baus der Giftgasfabrik im libyschen Rabta der Prozeß gemacht wird.

Die neuen Anschuldigungen gegen bundesdeutsche Unternehmen zeigen einmal mehr, wie notwendig der Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion zu einer schärferen Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs gewesen ist. Wir haben den "verwässerten" Gesetzesentwurf der Regierungskoalition scharf kritisiert. Vor allem haben wir gefordert,

- bei der Entwicklung, der Herstellung oder dem Handel mit ABC-Waffen eine Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren vorzusehen, nicht nur, wie die Koalition vorsieht, von einem Jahr (das möglicherweise dann zur Bewährung ausgesetzt werden kann),
- die von der Koalition eingefügte Einschränkung, daß eine leichtfertige Förderungshandlung nur dann strafbar ist, wenn sie "nicht unerheblich" ist, zu streichen, da mit dieser Formulierung offensichtlich ein Schlupfloch für Verdächtige geschaffen wird, die bei ABC-Waffen "nur" einen normalen Beitrag geleistet haben,

- die sogenannte Wissenschaftsklausel zu streichen, nach der - so die Vorstellungen der Koalition - "die Verbreitung von Kenntnissen in Wissenschaft und Forschung in Form von Veröffentlichungen, Vorträgen und Vorlesungen sowie in Form von Handlungen im Rahmen wissenschaftlicher Zusammenarbeit" im Zusammenhang mit der Entwicklung, Herstellung und Verbreitung von ABC-Waffen straffrei bleiben soll.

Diese offensichtlichen schweren Mängel des Koalitionsgesetzesentwurfs haben die SPD-regierten Länder bewegt, ihre neue Mehrheit im Bundesrat zu nutzen und den Gesetzesentwurf nicht passieren zu lassen. Sie haben den Vermittlungsausschuß angerufen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Bundesregierung nach den neuesten Report-Enthüllungen endlich Vernunft beweist und den Änderungsforderungen der SPD bei der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs zustimmt - im Interesse des Friedens und unseres Ansehens in der Welt.

(-/27.6.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Auszeichnung für einen Mahner und Vermittler

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt am 26. Juni in München die Laudatio zur Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises 1990 an Heinrich Albertz. Wir dokumentieren sie im Wortlaut.

I.

Vor knapp zehn Jahren, im November 1980, wurde Heinrich Albertz in Berlin, in der Staatsbibliothek, der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen. Heute in München, unter dem Dach des Bayerischen Landtags, wird er mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet.

Ich war damals dabei und wurde auch diesmal gebeten - wofür ich mich bei meinen bayerischen Freunden bedanke -, einige Worte zu sagen. Wäre ich zum Faulpelz geworden, ich hätte mir das alte Manuskript heraussuchen lassen. Doch das wäre aufgefallen: von Hoegner war damals in Berlin nicht die Rede. Auch nicht von den gewaltigen Veränderungen im Osten und in Deutschland, deren Zeugen wir sind.

Damals in Berlin war der Preisträger zu Beginn des Jahres 65 geworden, inzwischen ist ein Jahrzehnt hinzugekommen. Gleichgeblieben ist, daß ich ihm, was das Lebensalter angeht, ein gutes Jahr voraus bin. Bei dieser Ordnung der Dinge sollten wir es belassen.

Bleiben wird es erst recht bei den sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten, von denen aus der angehende bayerische Staatsanwalt vor dem Ersten Weltkrieg und der Flüchtlingspfarrer aus Preussisch-Schlesien Ende des Zweiten Weltkriegs politische Verantwortung übernahmen. Es wäre töricht, Übereinstimmungen zu konstruieren, wo es sie - schon wegen der unterschiedlichen Generationen - nicht geben kann. Es wäre ja unglaublich, aus Hoegner nachträglich einen Halbpreußen machen zu wollen. Da liegt es schon näher, bei unsereins - Leuten wie Albertz und mir - eine gewachsene Aufgeschlossenheit für Werte des Landsmannschaftlichen und der Bundesstaatlichkeit zu vermuten.

Das Begriffspaar Wahrheit und Freiheit paßt für beide, Hoegner und Albertz - und man träte niemandem zu nahe, fügte man das Charakteristikum Eigenwilligkeit hinzu. Wenn ich den Albertz'schen Arbeitsstil konservativ nenne, seine Haltung zur Welt modern, so werden bayerische Freunde, die ihn kannten, vermutlich darin auch Parallelen entdecken. Jedenfalls gibt es eine solide Basis gemeinsamer Überzeugungen, wo es um die Sicherung des Friedens geht, um die Verteidigung und den Ausbau der Freiheits- und Bürgerrechte, auch um das erreichbare Maß an sozialer Gerechtigkeit.

Wilhelm Hoegner - jener sozialdemokratische Regierungschef des Freistaats Bayern, dem nachzueifern meine Freunde gut beraten sind - schreibt in seinem Buch "Der schwierige Außenseiter", es sollte eine Gesellschaft entstehen, "in der an die Stelle des rücksichtslosen Wettbewerbs, der Neid- und Haßgefühle und des Kampfes aller gegen alle die gegenseitige Hilfe zu treten hätte. In einer solchen Gesellschaft sollten die Menschen am wichtigsten sein".

Nun, gegenseitige Hilfe - nicht nur der Schwächeren untereinander sondern der Starken mit den Schwachen - ist in der veränderten deutschen und europäischen Lage des Jahres 1990 ein hochaktuelles Thema geworden. Ob es diese Bereitschaft hinreichend gibt, ob die unvermeidlichen Lasten der deutschen Einheit

(und eines über den Westen hinausreichenden europäischen Zusammenschlusses) halbwegs gerecht aufgebracht werden, davon wird für die weitere Entwicklung ziemlich viel abhängen.

Der Wilhelm-Hoegner-Preis soll Menschen oder Organisationen ehren, die durch die Art ihrer politischen Arbeit wie durch ihr persönliches Leben, insbesondere auch während der Nazizeit, ein Beispiel gegeben haben.

Heinrich Albertz wird heute ausgezeichnet, weil er als Mahner und Vermittler, als Anwalt der Schwachen und Mann der Friedensbewegung, als aufgeschlossener und hilfsbereiter Mitmensch vielen - und, ich vermute, sich selber auch - immer wieder Mut gemacht hat.

Heinrich Albertz wird heute ausgezeichnet, weil er als Vikar und Pfarrer der Bekennenden Kirche wegen antinazistischer Predigten mehrmals verhaftet, wegen eines Fürbitte-Gottesdienstes für Pastor Martin Niemöller ins Gefängnis mußte. Und der anderen nahegebracht hat, daß man Wichtiges auch dann nicht vergessen darf, wenn es schmerzt: Die Schande der KZ-Lager, das Martyrium der Kriegsgefangenen, der millionfache Mord an Menschen jüdischer Herkunft.

Gehrt wird mit Heinrich Albertz ein langjähriger Minister in Niedersachsen, Senator und Bürgermeister von Berlin. Einer, der im Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an der Spitze der "Arbeiterwohlfahrt" und auf andere Weise - nicht zuletzt durch Rückkehr in den Dienst der Kirche - Verantwortung für die Gemeinschaft übernahm.

Gehrt wird ebenso sehr - nein, eigentlich noch mehr - einer, der sich nicht scheute, für die unbequemen Einsichten und Ansichten einzutreten. Die Meinungen und Rechte solcher zu verteidigen, die nicht die Mehrheit hinter sich hatten und haben konnten. Egal, wer jeweils recht hatte - dies hat uns allen wohlgetan.

II.

Die sich überstürzenden Ereignisse dieser Monate haben mich, bis in die allerletzten Tage, immer wieder auf gemeinsame Spuren geführt. Womit ich nicht suggeriert haben will, wir hätten in den zurückliegenden Jahren enge und regelmäßige Verbindung miteinander gehabt; die einem zugefallenen Aufgaben und selbstgewählten Standorte wichen doch erheblich voneinander ab.

Aber, wenn ich meinen Terminplan dieser und der letzten Woche nehme: Freitag mit den Außenministern (auch dem sowjetischen), den Noch-Stadtkommandanten und den Bürgermeistern (noch der beiden Teile Berlins) bei der Entfernung der Checkpoint-Charlie-Baracke in der Friedrichstraße. Diesen Freitag Besuch im Ostberliner Rathaus. Samstagfrüh: Letzter Ordentlicher Parteitag der Berliner SPD, nach der Sommerpause folgt der Zusammenschluß mit den Freunden im bisherigen Ostsektor; in diesem Fall stimmt der Ausdruck Wiedervereinigung. Alles Daten, die in dem hier zu Ehrenden Bilder von Menschen und Vorfällen wachrufen werden.

Ich weiß, daß Heinrich Albertz die Stadt an der Spree liebhat. Ich weiß, daß für ihn nicht nur schöne, sondern auch schmerzvolle Erinnerungen mit Berlin verbunden sind. Vor einem Jahr haben wir beide nicht gewußt, daß es die Mauer und den Todesstreifen quer durch Deutschland so rasch nicht mehr geben würde. Wer von uns, der kaum noch gewagt hatte, einem solchen Tag entgegenzuleben, würde heute seine freudige Erregung verbergen wollen? Auch dann nicht, wenn uns wegen der Hektik des Einigungsprozesses und wegen des zu erwartenden, zunehmend chaotischen - hoffentlich bald vorübergehenden - Begleiterscheinungen Sorge erfüllt.

Am vergangenen Donnerstag wurde in der Volkskammer wie im Bundestag der erste Staatsvertrag ratifiziert, dem wahrscheinlich gleich nach der Sommerpause ein zweiter folgen wird. Am gleichen Tag wurde in Hannover, im Niedersächsischen Landtag - dort hatte des Flüchtlingspfarrers politisches und ministerielles Wirken begonnen - ein neuer Ministerpräsident gewählt. Heinrich Albertz hatte das erwartet und vorausgesagt, auch die - im übrigen nicht mehr völlig überraschende - Couleur sagte ihm zu.

Und noch etwas, nicht irgend etwas, passiert an jenem 21. Juni: Beide deutschen Parlamente stellen in übereinstimmenden feierlichen Entschlüssen fest, daß es - nach allem, was hinter uns liegt und angesichts der vor den Jüngeren liegenden europäischen Aufgabe - bei der deutsch-polnischen Grenze bleiben muß. Ich dachte, wir hätten das mit dem Warschauer Vertrag vom Dezember '70 geklärt; es dauerte länger, und manche bis ganz oben auf der staatlichen Hühnerleiter waren in Gefahr, wegen Zuspätkommens vom Leben gestraft zu werden. Heinrich Albertz, der dem Wunschdenken und der Unvernunft lange die Stirn geboten hatte, kann nicht ganz froh gewesen sein. Wer könnte nicht die gemischten Empfindungen eines ge-

bürtigen Schlesiens, eines Brestauers, nachempfinden? Und wer, der über seine Wiederbegegnung mit der alten Helmat gelesen hat, möchte ihm nicht die Kraft wünschen, noch ein gutes Stück am Werk der Aussöhnung mitwirken zu können?

Nochmal zu Sonntag vor einer Woche: Im Ostberliner Schauspielhaus Erinnerung an den 17. Juni '53. Manfred Stolpe als Hauptredner bestätigt vor aller Welt die Albertz-These, daß der deutsche Protestantismus nicht auf der falschen Seite war, sondern eine überaus hilfreiche Rolle spielte, auch Lehren aus der letzten großen Krise aufnahm. - Hin und zurück flogen Egon Bahr und ich mit der Bundeswehr nach und von Schönfeld, ich ebenso am Freitag gemeinsam mit dem Bundesaußenminister. Nach Tegel ging das noch nicht, von wegen Berlin-Status...

Aber mit Veränderungen im großen scheint es jetzt rasch zu gehen. Die politische Europakarte wird nicht wieder, was sie war. Die beiden Weltmächte wollen aus unterschiedlichen - und doch nicht gegensätzlichen - Motiven heraus aus dem organisierten Wahnsinn des Überrüstens. Rußland, die Sowjetunion eröffnen sich und uns miteinander Möglichkeiten, die hoffentlich nicht ungenutzt bleiben. Zum erstenmal scheint es in den vor uns liegenden Jahren auch möglich zu werden, Mittel umzulenken, so daß sie in den Kampf gegen Hunger, für den Schutz der natürlichen Umwelt und andere, der Menschheit gestellten Aufgaben eingebracht werden können. Wenn ich an den Kampf um unabgekürzte Menschenrechte denke, geht mir natürlich auch durch den Kopf, was Nelson Mandelas Besuch vor vierzehn Tagen bei uns in Bonn bedeutete - und was er vielen jungen Deutschen zu sagen hatte.

Ich wage nicht, selbst zu beurteilen, was unser - sich von der amtlichen Politik langsam abhebendes - Bemühen um den Abbau von Spannungen - "kleine Schritte" - und um möglichst normale Beziehungen über unseren Standort hinaus bedeutet haben mag. Es gibt Leute, die sich um Hintergründe und Zusammenhänge kümmern und die sagen, wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Das Ringen um Erleichterungen für die durch die Härten der Spaltung besonders betroffenen Menschen wäre auch dann richtig gewesen, wenn von ihm keine Fernwirkungen ausgegangen wären. Wie sehr allerdings solche vorhanden waren, habe ich allein daran ablesen können, wie oft ich in den letzten Monaten auf Erfurt März 1970 angesprochen worden bin.

Da sich die deutschen Dinge nun doch in Richtung auf rasche (bundes-)staatliche Einheit bewegen (ob auch gleich mit der uns in Aussicht gestellten vollen Souveränität, muß ich leider bezweifeln), da nach der künftigen Rolle Berlins und anderer Metropolen gefragt wird, da vieles Neues nicht nur aus dem westlichen EG-Europa, sondern auch wegen der sich verdichtenden gesamt europäischen Kooperation auf uns zukommen wird - aus all diesen und noch einigen weiteren Gründen, lieber Heinrich, wäre uns mit freundlich-mahnend-kritischer Begleitung gerade jetzt und weiterhin sehr gedient.

III.

Der Weg bleibt schwierig, hierher war er wirklich steinig. Vielleicht darf ich noch daran erinnern? Die Mauer, die jetzt gefallen ist, war wenige Monate alt, als Heinrich Albertz Berliner Innensenator wurde. Ein knappes Jahr später kommt ein Ereignis, das er selbst zu seinen schwersten Prüfungen zählen wird: Ein Ostberliner Bauarbeiter bleibt, von Schüssen der Grenzposten getroffen, jenseits der Mauer liegen und verblutet - im Angesicht einer wachsenden Menschenmenge und laufender Kameras. Die Unruhe unter unseren Westberliner Mitbürgern wurde so groß, daß wir uns gezwungen sahen, die Sektorengrenze mit eigenen Polizeikräften zu schützen. Ihm brachte das den Schmähenamen eines "Mauerministers" ein, mir wurde - von einem Publizisten, der es sich danach besser überlegte - "Landesverrat" vorgeworfen, und dabei hatten wir doch in Wahrheit die Menschen nur davon abhalten wollen, in ihr Unglück zu rennen.

Man muß verstehen, daß solche Schocks geeignet waren, den Weg freizumachen zu neuen deutschlandpolitischen Ansätzen. Man muß verstehen, daß dies ein Prozeß war, der Zeit brauchte. Man muß auch verstehen, daß Mut dazugehörte, auf Kursänderung zu bestehen.

An Mut hat es Heinrich Albertz nicht gemangelt. Er hat eigene Irrtümer abgeschüttelt. Er hat sich durch taktische Erwägungen kaum beeindrucken lassen, was nach meiner Erfahrung nicht immer eine Stärke sein muß. Aber es ist eine große Hilfe, daß er - bei aller Skepsis gegenüber der Hektik - an seinem Ja zum Zusammengehen mit den Landsleuten drüben keinen Zweifel läßt.

Er ist den Menschen in der DDR oft begegnet, hat das Gespräch mit ihnen gesucht, hat ihnen von uns erzählt - schon früh, als die meisten bei uns noch nicht so weit waren. Worin sie - Bürger in der DDR - seine Bedeutung sehen, läßt man sie am besten selbst erzählen.

So schrieb mir eine junge Pastorin aus Berlin-Ost: Viele, gerade junge Menschen seien ihm in den letzten Jahren dort begegnet. Heinrich Albertz sei enthusiastisch empfangen und gefeiert worden. Er habe das Gespräch durchgehalten, unspektakulär, Mut machend, Hoffnung verbreitend - auch die Hoffnung darauf, daß Mauern im Lauf der Zeit durch Wind und Regen bröckeln. So hatte er es zuletzt auf dem Kirchentag in Westberlin 1989 ausgedrückt!

Es ist seine protestantische Unbedingtheit, die Qualität seines "inneren Geländers", die "einschichtige" Art - wie sie drüben sagen -, die ihn so überzeugend und sicher erscheinen läßt, und eben damit geeignet, für nicht wenige, zumals aus den Reihen der Jungen, Leitbild zu sein.

Wenn ich vorhin vom Vermittler Albertz sprach, so wollte ich damit einerseits an seinen umstrittenen Satz erinnern, "daß kein Mensch gnadenunwürdig sei". Andererseits wollte ich nochmals das Bild des aus der Flugzeugtür winkenden Heinrich Albertz mit der Terroristin an seiner Seite in Erinnerung rufen, als er sich damals - 1975 - als Geisel zur Verfügung stellte. Seitdem hat sich viel verändert in jener Szene, von der er sagte, sie sei ein "Sachwalter der Reaktion". Aber er blieb - auch bei den vermittelnden Bemühungen des letzten Jahres - bei seinem Verfassungsverständnis, demzufolge sich die Stärke eines Staates vor allem in Menschlichkeit und Vernunft manifestiert. Oder, in christlichem Geist, Böses mit Gutem zu überwinden wo immer es geht, darf man wohl hinzufügen.

IV.

Wenn der Wilhelm-Hoegner-Preis an eine Persönlichkeit verliehen wird, die sich um die Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat, dann soll uns dies an Hoegners maßgebliche Verdienste bei der Erarbeitung der bayerischen Verfassung erinnern; als deren "Vater" ist er ja oft und durchaus zu Recht bezeichnet worden.

Wilhelm Hoegners Verfassungsverständnis sah in Autorität und Demokratie keine Gegensätze. Gleichwohl sichert Artikel 101 der bayerischen Verfassung allen Staatsbürgern die Freiheit zu, innerhalb der Schranken der Gesetze und der guten Sitten alles zu tun, was anderen nicht schadet.

Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird - ich will es noch einmal hervorheben - Heinrich Albertz heute gerade auch deshalb verliehen, weil er sich in hervorragender Weise um die Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht hat. Davon zeugt sein jahrzehntlanges Wirken - mit Ämtern oder ohne. Mit der Bereitschaft, eigene Fehler einzuräumen und für die anderer einzustehen. Über die Relativität und Verführung von Macht - oder soll ich sagen: über die Dialektik von Macht und Ohnmacht? - hat Albertz viel erfahren.

Immer wieder hat er versucht, andere zu überzeugen, daß Feindbilder in einer Gesellschaft unsinnig sind und abgebaut werden müssen. Dabei fandete er nicht selten zwischen den Stühlen.

Doch das Streben nach Wahrhaftigkeit, frei von Ängsten und Vorurteilen, kann von Feindseligkeit befallen.

"Wer den Stürmen nicht auswich, wird die Stille genießen", schreibt der heute zu Ehrenda in seinem jüngsten Buch. Er tut wohl nicht nur das. Jedenfalls: der Lübecker wünscht dem Neubremer hier von München aus viele gute Jahre.

(-/27.6.1990/rs/ks)

(Die Dankesworte von Heinrich Albertz veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).